

**Zusatzvereinbarung zum Gesamtvertrag
zur Vergütung von Nutzungen nach § 52 a UrhG an Schulen
vom 27. Februar 2014**

Das Land Baden-Württemberg,
der Freistaat Bayern,
das Land Berlin,
das Land Brandenburg,
die Freie und Hansestadt Bremen,
die Freie und Hansestadt Hamburg,
das Land Hessen,
das Land Mecklenburg-Vorpommern,
das Land Niedersachsen,
das Land Nordrhein-Westfalen,
das Land Rheinland-Pfalz,
das Saarland,
der Freistaat Sachsen,
das Land Sachsen-Anhalt,
das Land Schleswig-Holstein und
der Freistaat Thüringen

vertreten durch Herrn Ministerialdirektor Herbert Püls, Bayerisches Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst sowie Frau Staatssekretärin Christine Streichert-Clivot, Ministerium für Bildung und Kultur des Saarlandes

- im Folgenden: **die Länder** –

einerseits und

die folgenden Verwertungsgesellschaften

VG Musikedition,
GEMA (Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte),
VG WORT (Verwertungsgesellschaft Wort),
VG Bild-Kunst (Verwertungsgesellschaft Bild-Kunst),
GVL (Gesellschaft zur Verwertung von Leistungsschutzrechten),
VFF (Verwertungsgesellschaft der Film- und Fernsehproduzenten m.b.H.),
VGF (Verwertungsgesellschaft für Nutzungsrechte an Filmwerken m.b.H.),
GWFF (Verwertungsgesellschaft zur Wahrnehmung von Film- und Fernsehrechten m.b.H)

im Folgenden: **die Verwertungsgesellschaften**

vertreten durch die geschäftsführenden Vorstandsmitglieder Herrn Dr. Robert Staats und Herrn Rainer Just

andererseits

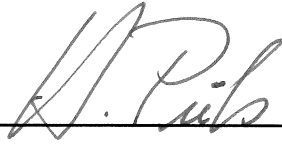
kommen in Ergänzung des Gesamtvertrages vom 27. Februar 2014 zur Vergütung von Nutzungen nach § 52 a UrhG an Schulen wie folgt überein:

- I. § 6 Abs. 2 Satz 2 des Gesamtvertrages wird aufgehoben. Die Bestimmungen des Gesamtvertrags gelten auch nach dem Wegfall des § 52 a UrhG und der Einführung des § 60 a UrhG mit Wirkung vom 1. März 2018 durch das Gesetz zur Angleichung des Urheberrechts an die aktuellen Bedürfnisse der Wissensgesellschaft (UrhWissG) vom 1. September 2017 (BGBl. I S. 3346) mit den nachfolgend beschriebenen Änderungen weiter.
 1. Abweichend von § 2 Abs 1 lit. a und lit. b des Gesamtvertrags dürfen Werke i.S. von § 60 a Abs. 1 im Umfang von maximal 15 v.H. öffentlich zugänglich gemacht werden.
 2. Einzelne Beiträge und Abbildungen, die in Zeitungen oder Zeitschriften erschienen oder öffentlich zugänglich gemacht worden sind, dürfen auf der Grundlage des Gesamtvertrags nicht vollständig öffentlich zugänglich gemacht werden.
 3. § 2 Abs. 1 lit. c des Gesamtvertrags bleibt unberührt.
 4. § 2 Abs. 3 des Gesamtvertrages wird aufgehoben.
 5. Nutzungen nach § 60 a Abs. 3 Nr. 1 und Nr. 2 UrhG sind unzulässig; § 2 Abs. 4 Satz 2 des Gesamtvertrages wird aufgehoben.
- II. Die Vertragspartner nehmen zeitnah Gespräche über einen neuen Gesamtvertrag mit dem Ziel einer Neuregelung ab dem Schuljahr 2018/19 auf. In diesem Zusammenhang werden sich die Parteien über eine angemessene Erhöhung der Vergütung für das Jahr 2018 verständigen, welche die erweiterten Nutzungsmöglichkeiten ab 1. März 2018 berücksichtigt.
- III. Die Vertragspartner verständigen sich zeitnah über Zeitpunkt und Modalitäten einer Repräsentativerhebung zum Nutzungsverhalten an Schulen unter der Geltung der neuen Rechtslage.

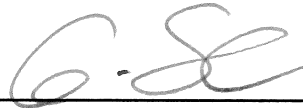
IV. Diese Zusatzvereinbarung gilt bis zum Inkrafttreten eines neuen Gesamtvertrags, längstens bis zum 31. Dezember 2018.

Für die Länder:

München, den 27. 02. 2018



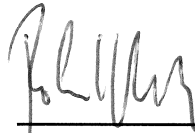
Ministerialdirektor Herbert Püls



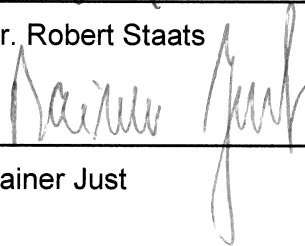
Staatssekretärin C. Streichert-Clivot,

Für die Verwertungsgesellschaften:

München, den 28. 2. 2018



Dr. Robert Staats



Rainer Just